Freiburger Nachrichten

A.Z. 1700 Freiburg 1
152. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*
*Dieser Betrag enthält 2,5% MWSt

Einzige deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

DIENSTAG, 3. NOVEMBER 2015 Nr. 254

Rugby
Für die Maori ist Rugby in Neuseeland der einfachste Weg zu Ruhm und Ehre.
Seite 10

Kartoffelbauern sortieren ihre Ernte und ziehen eine durchzogene Bilanz

Die Ernteerträge von Pflanz- und Speisekartoffeln fallen in diesem Jahr um ein Drittel **niedriger** aus.

DÜDINGEN Die Ernte von Pflanz- und Speisekartoffeln löst bei Freiburger Landwirten in diesem Jahr nicht nur Freude aus: Die Erträge liegen rund ein Drittel tiefer als noch im Vorjahr. Die Speise- und Saatkartoffelzentrale Spesag in Düdingen rechnet mit Erträgen von 15 Tonnen pro Hektare bei Pflanz- und mit 35 Tonnen pro Hektare bei Speisekartoffeln. Die regenreiche Phase im Mai und die Trockenperiode ab Mitte Juni haben Einfluss auf die vergleichsweise schlechte Ernte gehabt. Beim Besuch auf dem Betrieb von Hugo Schneuwly zeigt sich, wie viel Arbeit die Kartoffel auch nach der Ernte noch macht. *mz*
Bericht Seite 2

Kartoffelsortieren ist zu grossen Teilen auch heute noch Handarbeit. Bild Aldo Ellena

Richtungswechsel beim Sparen in der Bildung

Der Staatsrat will Klassen nicht mehr nur nach Schülerzahlen öffnen oder schliessen. Dies gestand er der Fede zu.

FREIBURG Der Personalverband der Staatsangestellten Fede hat vom Staatsrat die Bestätigung erhalten, wonach die Sparmassnahmen in der Bildung flexibler umgesetzt werden. Dies betrifft speziell die Erhöhung der Klassenbestände und somit ein Einfrieren des Stellenanstiegs an den Primarschulen. Stattdessen beurteilt eine Kommission die Grenzfälle bei Klassenbildungen nach qualitativen Gesichtspunkten. Gemäss Fede sind Massnahmen, welche die Unterrichtsqualität gefährden, nun beseitigt. Staatsrat Jean-Pierre Siggen relativiert aber die Sichtweise der Fede. *uh*
Bericht Seite 3

Schweiz will Jihadisten an der Ausreise hindern

Aus der Schweiz reisen auch Frauen und Minderjährige in den Jihad. Nun fasst der Bundesrat ein Ausreiseverbot ins Auge.

BERN Die Zahl jihadistisch motivierter Reisen nimmt weiter zu. Laut dem neusten Bericht der Jihadismus-Taskforce des Bundes reisen vermehrt nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Minderjährige in Konfliktgebiete – aus der Schweiz bisher sechs Frauen und zwei Minderjährige. Ist noch kein Strafverfahren eröffnet, kann eine verdächtige Person nicht an der Ausreise gehindert werden. Das soll sich ändern: Die Taskforce empfiehlt Ausreiseverbote bei Verdacht auf eine Jihad-Reise. Der Bundesrat lässt nun die Umsetzung solcher Ausreiseverbote prüfen. *sda*
Bericht Seite 11

Erdogans Partei kann die Türkei allein regieren

ANKARA Nach ihrem Wahlsieg kann die islamisch-konservative AKP in der Türkei wieder alleine regieren. Nun soll eine neue Verfassung her – wie von Präsident Recep Tayyip Erdogan gefordert. Erdogans AKP will mit der Verfassungsreform ein Präsidialsystem einführen. Die Oppositionsparteien sind strikt dagegen: Sie fürchten eine autokratische Herrschaft Erdogans. *sda*
Bericht Seite 13

Gemeindewahlen
Ortsparteien beklagen Verwirrung

MURTEN In Murten fällt der zweite Wahlgang für den Ständerat mit den Gemeindewahlen zusammen. Die Murtner Parteien sind mit der Situation nicht glücklich. Bei den Wählern habe die separate Zustellung der Unterlagen Verwirrung ausgelöst. *sos/Bild ae*
Bericht Seite 5

Zwei Autolenker wegen Unfall vor Gericht

FREIBURG Bei einem tragischen Verkehrsunfall, der sich in Villars-sur-Glâne zugetragen hatte, war im Frühjahr 2013 eine fünffache Mutter ums Leben gekommen. Gestern standen nun die zwei in den tödlichen Autounfall verwickelten Fahrzeuglenker vor Gericht. Neben einem 50-jährigen Mann war auch eine 23-jährige Frau angeklagt. Dabei handelt es sich um eine Tochter der Verunglückten. Beide Autofahrer mussten sich vor dem Strafgericht des Saanebezirks in Freiburg wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Noch steht das Urteil aus. *mz*
Bericht Seite 4

Volleyball
Murtens Hartnäckigkeit belohnt

MURTEN Die Volleyballerinnen des TV Murten haben in der 1. Liga einen wichtigen Sieg gefeiert. In einem Spiel mit vielen Hochs und Tiefs gewannen sie gegen Fully mit 3:1. Im vierten Satz gelang den Seeländerinnen eine aussergewöhnliche Aufholjagd. *ms/Bild ca*
Bericht Seite 9

Schlagzeilen

Grossfreiburg
Verwaltungsrat sucht neuen Direktor für die Blue Factory.
Seite 2

Wirtschaft
Ex-Astronaut Buzz Aldrin wirbt für Ferien in der Schweiz.
Seite 12

Ausland
VW-Abgasskandal weitet sich auf Audi und Porsche aus.
Seite 13

Letzte Seite
Abgestürzter Airbus: Über die Ursache wird heftig spekuliert.
Seite 16

Wetter
Der Nebel löst sich auf, doch ab Mittag dichte Wolkenfelder.
12 3
Seite 16

Zitat des Tages
«Die Eltern zahlen für die Krippen. Sie haben ein Anrecht auf Qualität.»
Maria Rolle, Krippenverband
Seite 3

Inhalt

Todesanzeigen	6
TV/Radio	7
Forum/Agenda	8
Börse	12
Kinos	14

Redaktion:	Tel.	026 426 47 47
	Fax	026 426 47 40
Abonnemente:	Tel.	026 347 30 00
Inserate:	Tel.	026 347 30 01
	Fax	026 347 30 19

9 771660 959007 20045

Reklame

Nach einem Jahr auf die Klagen reagiert

Angestellte der Hochschule für Gesundheit hatten sich beim Staatsrat über das Arbeitsklima beklagt. Nun kritisiert der Personalverband das langsame Vorgehen der Regierung.

URS HAENNI

FREIBURG An der Hochschule für Gesundheit Freiburg ist es zu mehreren Unstimmigkeiten im Verhältnis zwischen Angestellten und Vorgesetzten gekommen. Diese hatte der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) im Juni 2014 dem Staatsrat zur Kenntnis gebracht. Nun kritisiert er in einem Communiqué das langsame Vorgehen des Staatsrats.

Gemäss der Gewerkschaft habe sie Staatsrat Jean-Pierre Siggen Dossiers von Angestellten überreicht, welche sich über das schlechte Arbeitsklima bis hin zu Belästigung und Mobbing beklagten. Mitarbeiter hätten gekündigt, welche es nicht mehr ertrugen, in einem solchen Klima zu arbeiten, schreibt der VPOD. Um den Unmut zu unterstreichen, reichten fünf Angestellte vor mehr als einem Jahr eine Kollektivklage beim Staatsrat ein.

Wechsel der Direktion

Erst jetzt habe der Staatsrat aber die Behörde bestimmt, welche diese Klage behandeln soll, schreibt der VPOD. In dieser Zeit habe der Staatsrat einzig geschrieben, er habe Massnahmen ergriffen und die nächste Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit könne Fortschritte aufzeigen.

Auf Anfrage sagte Jean-Pierre Siggen, es habe möglicherweise Verzögerungen gegeben, als die Fachhochschulen zur Volkswirtschaftsdirektion übergegangen sind. Er selber habe mit einem Audit auf die Klagen reagiert.

Neuer Weg beim Sparen in der Bildung

Die **Personalverbände** des Bildungswesens glauben an einen Erfolg bei den Diskussionen mit dem Staatsrat: Sparmassnahmen sollen vermehrt qualitative Aspekte berücksichtigen. Staatsrat Siggen relativiert aber diese Schlüsse.

URS HAENNI

Der Verband der Personalverbände der Staatsangestellten Fede verkündet einen Etappensieg in den Verhandlungen über Sparmassnahmen im Bildungswesen. «Der Kanton verzichtet auf mehrere Sparmassnahmen, welche die Qualität des Unterrichts gefährdet hätten», schreibt die Fede in einer Mitteilung. «Der Staatsrat schlägt nun Sparmassnahmen in Höhe von 1,8 Millionen Franken vor, die keinen massgeblichen Einfluss auf die Unterrichtsqualität haben werden.»

Wie Fede-Präsident Bernard Fragnière auf Anfrage der FN sagt, habe sein Verband letzte Woche vom Staatsrat die Zusicherung erhalten, dass dieser in einigen Bereichen von seinen ursprünglichen Sparplänen abweicht. Gemäss Fragnière sind es vor allem drei Punkte: Der Stellenanstieg auf Primarschulstufe solle nicht mehr auf 16,5 Vollzeitstellen durch eine Erhöhung von Klassengrössen eingefroren werden; Einsetzung einer Kommission für Schülerbestände; Verzicht auf eine Lohnreduktion bei Lehrpersonen an Mittelschulen, die Fächer mit wenig Schülern unterrichten.

Trotz konstruktiver Gespräche rechnen die Personalverbände und der Kanton mit unterschiedlichen Zahlen. Bild Charles Ellena/a

Hoffen auf Kommission

«Ich bin sehr froh, dass nun nicht einfach Zahlen festgelegt werden, sondern dass auch das qualitative Element bei der Diskussion um Klassengrössen berücksichtigt wird», sagt Fragnière. Es sei wichtig, dass beispielsweise ein Auge darauf geworfen wird, wie viele Schüler einer Klasse eine besondere Unterstützung brauchen. Dazu könne sich die neue Kommission mit Vertretern von Parteien, Berufsverbänden und Gewerkschaften konsultativ einbringen. Die Regelung soll im Ausführungsreglement zum Schulgesetz verankert werden, heisst es in der Mitteilung der Fede.

Erziehungsdirektor Jean-Pierre Siggen (CVP) zeigt sich gegenüber den FN etwas erstaunt über die Ankündigung der Fede. Wie er sagt, gingen die Verhandlungen weiter; er habe den Staatsrat noch gar nicht über die Ergebnisse aus den bisherigen Gesprächen informieren können. Im Sinne der Sozialpartnerschaft hätte Siggen sich vorgestellt, im Dezember gemeinsam mit der Fede zu orientieren.

Weiter relativiert Siggen die Folgerungen der Fede. Diese erwähne in ihrem Communiqué einzig den Sparbetrag von 1,8 Millionen Franken, über den sich seine Direktion und die Gewerkschaften einig sind (siehe Kasten). «Das heisst aber nicht, dass Massnahme 1 gestrichen ist», so Siggen. Er meint damit die Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrösse. Auch wenn dieser Punkt in ein Ausführungsreglement kommt und eine gewisse Flexibilität vorsieht, hält Siggen am Prinzip grösserer Klassen fest. Siggen rechnet weiter mit dem ursprünglichen Sparziel von rund 4,4 Millionen Franken.

Auch Fede-Präsident Fragnière verweist auf weitere Gespräche zwischen Kanton und Personalverbänden. Eine paritätische Gruppe arbeite weiter an Vorschlägen zur Optimierung der Finanzmittel für die Schulen. Gemäss Fragnière solle das Sparpotenzial auf Stufe der ganzen Erziehungsdirektion gesucht werden.

Der Personalverband setzt weiter auf Dialog statt auf Konfrontation mit der Regierung, schreibt er. Dies insbesondere deshalb, weil diese für 2017 das Ende der Sparmassnahmen beim Staatspersonal angekündigt hat.

Zahlen und Fakten

4,4 Millionen Franken zum Ziel gesetzt

Die Sparmassnahmen im Bildungsbereich sahen erst 4,4 Millionen Franken (40 Vollzeitstellen) vor. Heute sind 1,8 Millionen vom Staat und der Fede akzeptiert, 1,8 Millionen werden ins Schulreglement aufgenommen und 900 000 Franken sind aufgegeben oder werden von der Fede bestritten. Die Massnahmen sind für das Budget 2017 vorgesehen. *uh*

Eine Hotline für Eltern von kranken Kindern

FREIBURG Was tun, wenn das Kind plötzlich hohes Fieber hat? Oder das Neugeborene Schwierigkeiten mit dem Trinken? Damit verunsicherte Eltern nicht gleich zur Notfallstation müssen, richtet das Freiburger Spital HFR ab sofort zusammen mit der Berner Gesellschaft Medi24 eine Kids-Hotline ein: Eltern können anrufen und erhalten ärztliche Auskunft auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch. Die Fragen beantworten erfahrene Ärzte und Pflegefachleute. Sie geben Ratschläge, wie Eltern die kranken Kinder beobachten sollen, sagen, wann es ratsam ist, einen Arzt aufzusuchen, oder zeigen auf, wie die Eltern ihre Kinder selbst behandeln können. Gemäss Mitteilung zeigt die Erfahrung, dass Letzteres in zwei Dritteln der Fälle möglich ist. Mit dem Telefondienst will das HFR die Wartezeiten auf dem Kindernotfall verkürzen. Der Dienst wird an sieben Tagen pro Woche rund um die Uhr angeboten. Der Anruf kostet pro Minute 2.99 Franken. *mir*

Hotline: 0900 268 001 (2.99 Fr./Minute)

Freiburger Krippen befürchten Personalabbau wegen neuer Normen

Auf Initiative des Freiburger Gemeindeverbandes hat der Kanton neue Weisungen für Krippen in Vernehmlassung gegeben. Der Krippenverband befürchtet einen Personalabbau.

URS HAENNI

FREIBURG Die kantonale Direktion für Gesundheit und Soziales hat neue Weisungen für die Betreuungsstrukturen von Kindern im Vorschulalter präsentiert. Diese waren vom Gemeindeverband angeregt worden und sorgen nun bei den Betroffenen für Aufregung.

An einer Pressekonferenz hat der Freiburger Krippenverband gestern seine Vernehmlassungsantwort vorgestellt und dabei zahlreiche Befürchtungen geäussert. Insbesondere sei ein Abbau von rund 30 Stellen zu befürchten, und die Betreuung sowie die Sicherheit der Kinder würden unter den Neuerungen leiden.

Das Freiburger Jugendamt gibt die Normen vor, welche Krippen im Kanton erfüllen müssen, die Finanzierung erfolgt aber in der Regel über die Eltern und die Gemeinden.

Neuer Schlüssel

Hauptänderung im neuen Entwurf ist die Reduzierung des Personalschlüssels mit einer erwachsenen Betreuungsperson auf sieben Kinder statt wie bisher sechs Kinder, sagte Annette Wicht, Generalsekretärin des Krippenverbandes.

Diese geplante Veränderung verschlechtere eine Situation, die heute schon problematisch sei, so Wicht. Tatsächlich gelte nämlich das Betreuungsverhältnis nur für die ersten acht Stunden pro Tag. Bei Öffnungszeiten, die darüber hinausgehen, schrumpfe das Verhältnis auf eins zu zwölf.

Zudem gebe es in Freiburg keine zusätzliche Dotation für die Betreuung Auszubildender und für Arbeiten ausserhalb der Öffnungszeiten. Auch würden Personen in Ausbildung als vollwertige Betreuungspersonen gerechnet.

Gemäss Marisa Rolle, Präsidentin des Verbandes, könnte bei einer Einführung der neuen Normen die Qualität der Betreuung und der Sicherheit nicht mehr im selben Mass gewährleistet werden. «Die Eltern zahlen für die Krippen. Sie haben ein Anrecht auf Qualität», so Rolle.

30 von 390 Stellen

Hochgerechnet auf die Anzahl der betreuten Kinder in den Freiburger Krippen würde eine Änderung des Betreuungsverhältnisses einen Verlust von rund 30 Vollzeitstellen bedeuten, so die Präsidentin.

Derzeit sind im Krippenverband 34 Krippen mit rund 950 Plätzen angeschlossen. Berücksichtigt man auch die Einrichtungen ausserhalb des Verbands, sind es 56 Krippen mit 1500 Plätzen und rund 390 Vollzeitstellen. Annette Wicht rechnet, dass die neuen Normen den Gemeinden aber nur 1.65 Franken pro Krippenplatz und Tag bringen würden.

Die Vernehmlassung dauert bis Ende November. Der Krippenverband will nun auch die Eltern der Krippenkinder für ihre Anliegen mobilisieren.

Umweltverbände bewerten Anwärter

FREIBURG Die Freiburger Sektionen von WWF, Pro Natura und VCS haben die Freiburger Ständeratskandidaten auf ihre Umweltfreundlichkeit geprüft. Sie haben bei den Bundesparlamentariern Christian Levrat (SP) und Jean-François Rime (SVP) die umweltpolitischen Abstimmungen der letzten Legislatur analysiert. Beat Vonlanthen (CVP) haben sie befragt. Levrat stimmte in 90,3 Prozent der Fälle für die Umwelt. Bei Rime waren es nur 2,1 Prozent. Das umweltpolitische Gewicht von Vonlanthen liegt bei 52 Prozent. Die Verbände empfehlen deshalb, Levrat und Vonlanthen zu wählen. *mir*

Reklame